

Teiwes, Frederick C./Sun, Warren: Paradoxes of Post-Mao Rural Reform. Initial Steps Toward a New Chinese Countryside, 1976–1981

London/New York: Routledge, 2016. 374 S., Paperback 29,59 GBP

Rezension von Martin Wagner

Die Kommunistische Partei Chinas durchlief einen eigentümlichen Wandel. Aus einer Bauernpartei der Peripherie war nach der Revolution von 1949 eine urbane Institution geworden, die die kommunistische Staatsgründung zugunsten städtischer Arbeiterzentren und zulasten kollektivierter Dörfer forcierte. Nach Maos Tod im Jahr 1976 gab sie der Beziehung zwischen Staat und Dorf erneut ein verändertes Gepräge. Die KPCh dekollektivierte die Landwirtschaft, reduzierte die Umverteilung in die ärmsten Regionen und appellierte an die Eigenverantwortung der Bauern. Die Folge war eine beispiellose Wohlstandssteigerung der Landbevölkerung: Das bäuerliche Haushaltseinkommen des Jahres 1984 war fast anderthalbmal so hoch wie im Jahr 1978. Gemeinhin wird dieser Erfolg der post-maoistischen Transformationsperiode Deng Xiaoping, indes nicht seinem vermeintlichen Rivalen Hua Guofeng zugeschrieben. Darin identifizieren Frederick C. Teiwes und Warren Sun ein weiteres Paradoxon der jüngeren Geschichte Chinas, zu deren umfassender Neubewertung sie anheben.

Ihre Studie zur Dekollektivierung der Landwirtschaft, die nach politischen Entstehungs- und Ausführungsbedingungen fragt, entspringt einer eingehenden Beschäftigung mit dem post-maoistischen Wandel. Als Fortsetzung zu ihrem Standardwerk zum Spätmaoismus (*The End of the Maoist Era*, 2007) kündigen die australischen Sinologen einen Band an, der das Zusammenwirken von Hua Guofeng und Deng Xiaoping nach Maos Tod in verändertem Lichte zu beschreiben sucht (*From Restoration Toward Reform*, in Vorbereitung). Ihre neue Lesart, die sich gegen die gängige Annahme eines steten Machtkampfes richtet (etwa: Vogel, *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, 2011): Hua habe Dengs Rückkehr in das Zentrum der Macht nicht zu verhindern getrachtet, sondern durch seine Unterstützung erst ermöglicht. „Paradoxes of Post-Mao Rural Reform“ ist diesen Dynamiken im Parteizentrum verpflichtet, während es beschreibt, wie etwa in Anhui, Shandong, Guizhou und Sichuan die Praxis, Produktionsvereinbarungen mit Haushalten zu schließen (*baochan daohu* 包产到户), durchgesetzt wurde. Die Studie lässt sich mithin auf zwei Weisen lesen – als Beitrag zur Agrargeschichte Chinas, der von der Wiederentdeckung landwirtschaftlicher Verantwortungsdistribution erzählt, oder als Beitrag zu einer Kulturgeschichte der Politik, die am Beispiel der *baochan daohu*-Debatte von Machtkonstellationen in Transformation berichtet.

Die Notpraxis, Haushalte auf Produktionsziele zu verpflichten, war bereits in den Jahren 1959 und 1962 kurzzeitig angewendet worden, als der „Große Sprung nach vorn“ die Defizite einer Kollektivlandwirtschaft offenbart hatte, die auf übermäßig

großen Einheiten beruhte. Als nach Maos Tod die symbolische Vorbildfunktion des „*Dazhai*-Modells“ verblasste, kehrte die Partei zu einer „traditionellen Politik“ zurück, subventionierte den Agrarsektor verstärkt und folgte dem pragmatischen Prinzip, konkrete Maßgaben an lokalen Bedingungen zu bemessen (*yindi zhiyi* 因地制宜). Eine punktuelle und vorübergehende Dekollektivierung motivierten ab 1979 lokale Dürren vor Ort wie Budget-Erwägungen in Beijing – strukturschwache Gebiete sollten aus der finanziellen Abhängigkeit vom Staat in die Eigenversorgung entlassen werden.

Chinas Kommunisten stellten das Verhältnis ihres politischen Zentrums zu den Peripherien auf eine neue Grundlage: Flexibilität und Pragmatismus, so argumentieren Teiwes und Sun, zeichneten fortan die Politik der Parteispitze aus, die regionale Ausnahmen gestattete und Initiativen „von unten“ förderte. Wan Li, der als Parteisekretär von Anhui auf *baochan daohu* gesetzt hatte, wurde nach Beijing geholt, um eine landesweite Dekollektivierung umzusetzen, die indes nicht allorts auf Zustimmung stieß. Zunächst als Notmaßnahme für arme Landstriche vorgesehen, war sie bei den dortigen Bauern unbeliebt, ging doch mit ihr die Hilfe des Staates zurück. Gleichzeitig erhoffte die Landbevölkerung reicher Provinzen *baochan daohu* in der Hoffnung, Überschüsse fortan individualisieren zu können. Und vielerorts zeitigte der Pragmatismus des Zentrums Unsicherheit: Kader der unterschiedlichen Ebenen hatten Angst, gegen eine Parteilinie zu verstoßen, die ihnen unzureichend kommuniziert erschien.

Die Reform der Landwirtschaft, so die These der australischen Autoren, war das Verdienst Hua Guofengs und Deng Xiaopings gleichermaßen. Zwischen beiden habe kein Dissens in der (Landwirtschafts-)Politik bestanden; sondern Deng, der wenig von Agrarpolitik verstanden und sich dazu kaum geäußert habe, habe Huas Weg fortgesetzt, indes mit anderem Schwerpunkt: „Hua’s pro-peasant policy“ subventionierte die Landwirtschaft, um Chinas Dörfer zu entlasten, während „Deng’s pro-state stance“ die Agrarsubventionen reduzierte, um die Staatskasse zu entlasten und die Bauern durch Eigenversorgung langfristig zu stärken (S. 285). Beide hätten aus einem „Gefühl der Schuld“ gegenüber den chinesischen Bauern gehandelt.

„Paradoxes of Post-Mao Rural Reform“ ist ein beachtliches Buch, und das in zweifacher Hinsicht: Es liefert eine dichte Beschreibung der post-maoistischen Agrarpolitik, die die Etablierung von *baochan daohu* minutiös rekonstruiert. Gleichzeitig liefern Frederick C. Teiwes und Warren Sun eine neue Deutung der Beziehung Huas und Dengs, die als Primat der Kooperation plausibilisiert, was bislang stets als Machtkampf begriffen wurde. Dieses Narrativ fußt auf Interviews mit anonymisierten Parteihistorikern bzw. ehemaligen Mitarbeitern von Parteiführern aus den späten 2000er Jahren. Um dem Leser transparent zu machen, aus welchen Perspektiven diese Erzählung schöpft, wäre es erhellend gewesen, den jeweiligen ‚Sehepunkt‘ der Interviewpartner anzudeuten, zumal die namentliche Anonymisierung nachvollziehbar ist. Von „Paradoxes of Post-Mao Rural Reform“

und seiner Revision unseres Hua Guofeng-Bildes gehen wichtige Impulse für die Historisierung der Reform- und Öffnungspolitik aus, die auf weitere Studien der australischen Sinologen hoffen lassen.

Martin Wagner
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für
Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
martin.wagner@hu-berlin.de